

# Milan Berger

Direktkandidat für die Bundestagswahl 2009  
für den Wahlkreis **Nürnberg Süd** (245)

**Alter:** 30

**Beruf:** Systemtechniker NOC

**Wohnort:** Humboldtstr., Nürnberg

**Email:** milan.berger@piraten-mfr.de

**Info:** <http://piraten-nbg.de>



## Meine Kernthemen für die Bundestagswahl 2009:

### Das Zugangserschwerungsgesetz

Das Zugangserschwerungsgesetz zielt auf die Bekämpfung von Kinderpornographie. Diesen Kampf um die Menschenwürde der Opfer zu führen ist ein legitimes Ziel des Staates, den die Piratenpartei ausdrücklich unterstützt. Allerdings schützt die Zensur die Täter, die vor der Strafverfolgung gewarnt werden und mit ihren Inhalten auf andere Server umziehen können, ohne je verfolgt zu werden.

Zudem ist die technische Grundlage des Gesetzes mangelhaft, eine ernsthafte Sperre so nicht möglich. Der Bundesregierung dienen die Sperren als Pseudo-Aktionismus und suggerieren der Gesellschaft, dass sie sich des Themas Kinderpornographie beherzt annimmt. Das Gesetz kann also zum Ziel haben, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Problem der Kinderpornographie abzulenken, damit die Regierung nicht tatsächlich handeln (und dafür Geld investieren) muss.

Trotz der gesetzlichen Beschränkung der Sperren auf Kinderpornographie werden Stimmen laut, die die Ausweitung fordern: Thomas Strobl, MdB, für Einsatz von Sperren auch gegen "Killerspiele", oder der Zentralrat der Sinti und Roma, die „Hassreden“ auf der Liste sehen möchten. Gerade dieser letzte Punkt zeigt die Gefahr der Sperren: Das Ende der freien Meinungsäußerung. Die Freiheit der Rede garantiert eben das Recht auf abweichende Meinungen, so unpopulär oder falsch sie auch sein mögen.

**Ich mache mich für eine verantwortungsvolle Politik stark:**

- **Löschen statt Sperren**
- **Veröffentlichung der Sperrliste, solange dieses Gesetz noch in Kraft ist**
- **Strenge richterliche Kontrolle ebendieser Liste**

### "Big Brother ist watching you"

"Ich habe nichts zu verbergen" muss nicht bedeuten "jeder darf alles über mich wissen". Es darf dem Staat nicht gestattet werden, 82 Millionen Bürger unter Generalverdacht zu stellen und auf jede denkbare Art zu überwachen. Deutsche Vorzeigeunternehmen wie z.B. die Deutsche Bahn und die Deutsche Bank haben uns gelehrt dass auf Vorrat gespeicherte Daten, die einmal vorhanden sind, auch missbraucht werden. Die Musikindustrie nutzt die vorhandenen Verbindungsdaten massenhaft, um ohne Anfangsverdacht Kavaliärsdelikte mit überzogenen Forderungen zu verfolgen. Terroristen sind anhand dieser Daten nicht im Voraus zu erkennen.

Trotzdem möchte die Bundesregierung uns immer gläserner haben: ob der RFID-Chip im Pass, der sich unbemerkt und überall aus einer Entfernung von mehreren Metern auslesen lässt, oder die elektronische Gesundheitskarte, deren Datenschutzkonzept nachgewiesen fehlerhaft ist und die trotz geschätzten Kosten von 14,1 Milliarden Euro über die nächsten 10 Jahre keinen Mehrwert zum existierenden System bringen.

**Ich setze mich dafür ein, die Bürgerrechte vor dem übermächtigen Staat zu schützen:**

- **Stärkung des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung**
- **hohe Strafen für Daten-Missbrauch, welche Unternehmen und auch Ämter zwingen Ihre Daten besser zu schützen**
- **Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung und Verhinderung weiterer Überwachungsmaßnahmen die nur den Staatshaushalt belasten**

**Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir am 27.09.09 bei der Bundestagswahl Ihre Stimme geben würden. Sie fördern damit die politische Vielfalt und das Bewusstsein für meine Kernthemen. Es gibt keine verschenkten Stimmen!**